

Notwendigkeit und Praxis der **Aus- und Fortbildung** im Bereich der kommunalen Kriminalprävention

Marcus Kober

Wie im vorangegangenen Beitrag von Tobias John und Verena Schulze in ihrem Forschungsbericht zur Kooperativen Sicherheitspolitik in der Stadt deutlich geworden ist, sind mit der Umsetzung kooperativer Ansätze der Sicherheitsgewährleistung vielgestaltige Herausforderungen für die Akteure in den Städten und Gemeinden verbunden. Zum einen können diese daraus resultieren, dass es im Zuge der kommunalen Prävention u. a. darum geht, die Folgen des eigenen beruflichen Handelns in Bezug auf mögliche Auswirkungen für die Entstehung und Vermeidung abweichenden Verhaltens mit zu bedenken. Für einen Städtebauer, Sozialarbeiter, Sucht- und Drogenberater oder Architekten ist eine solche Perspektive vielleicht neu und mag zunächst befremdlich anmuten. Auch die Komplexität der zu bearbeitenden gesellschaftlichen Problemstellungen sowie die Notwendigkeit entsprechend breit angelegter Lösungsansätze stellen nicht selten große Anforderungen an die handelnden Akteure. Vor allem aber gilt es, mit anderen Berufsgruppen und Professionen in einen kooperativen Austausch zu treten. In dem gemeinsamen Bestreben, die identifizierten Probleme unter Einbeziehung des Sachverständnisses verschiedener Professionen lösen zu wollen, treffen Individuen und Institutionen aufeinander, die auf so geartete Zusammenarbeit wenig vorbereitet sind. Wie praktische Erfahrungen in verschiedenen Handlungsfeldern belegen, gilt es nicht selten, zunächst tradierte wechselseitige Vorurteile der Professionen zu überwinden sowie die Handlungslogiken, Leitbilder und Restriktionen der Beteiligten abzuklären und zu verstehen.

Qualifizierungsbedarfe

Im Forschungsprojekt „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt“ (KoSiPol), das im Zeitraum 2010 bis 2012 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wurde, konnten bestimmte **Stolpersteine und Hindernisse** einer erfolgreichen und für die Beteiligten zufriedenstellenden Gremienarbeit identifiziert werden. Dazu zählen etwa die folgenden Aspekte:

- **Es fehlt vielfach an einer theoretischen Begründung für die Auswahl von Maßnahmen und Vorgehensweisen.** In solchen Fällen müsste deutlicher gemacht werden, welche konkreten Probleme vor Ort festgestellt wurden, worin mögliche Ursachen für diese Probleme gesehen werden, welche kriminologischen Konzepte und Maßnahmen darauf anwendbar sind und warum die Beteiligten davon ausgehen,

mit den gewählten Mitteln eine vorbeugende Wirkung erzielen zu können.

Fehlen diese Gedankenschritte, fällt es regelmäßig schwer, den Erfolg der eigenen Arbeit auch über einen längeren Zeitraum ermitteln und beschreiben zu können. Zudem kann Außenstehenden die Notwendigkeit und Plausibilität des gemeinsamen Handelns viel schwieriger vermittelt werden.

- **Präventionspraktiker haben häufig zu wenige Kenntnisse über die konzeptionellen Grundlagen der kommunalen Kriminalprävention, über bewährte Organisationsmuster und funktionierende Praxisbeispiele.**

Solche Kenntnisse wären jedoch nicht um ihrer selbst willen vonnöten, sondern weil dieses Erfahrungswissen im Rahmen der lokalen Präventionsarbeit einen wichtigen Beitrag leisten kann, organisatorischen, strukturellen und inhaltlichen Fehlern vorzubeugen und Doppelarbeit zu vermeiden.

- **Das Gelingen der Zusammenarbeit als solcher wird in vielen Präventionsgremien fälschlicherweise vorausgesetzt.**

Die Erfahrung lehrt jedoch, dass eine fruchtbare und dauerhafte Kooperation an verschiedene Voraussetzungen geknüpft ist. Das gemeinsame Ziel, Gutes für die verschiedenen Zielgruppen tun zu wollen, stellt für sich genommen noch kein tragfähiges Fundament für Kooperationen dar. Um die Bedingungen für ein gutes Gelingen zu fördern, könnte auf vielfältige Erfahrungen zurückgegriffen werden, die eine zielgerichtete Zusammenarbeit erleichtern.

- **Viel zu selten finden bei der Planung und Durchführung von Projekten und Maßnahmen Grundsätze des Projektmanagements Anwendung.**

In der Praxis schlägt sich dies etwa darin nieder, dass mitunter noch nicht einmal die genauen Ziele der Zusammenarbeit bestimmt worden sind. Fast immer erzeugt dies später Probleme in der Gremienarbeit, etwa wenn die Mitglieder einige Monate nach dem Projektstart den Grund für ihr regelmäßiges Zusammenkommen aus dem Blick verloren haben.

- **Obwohl seit einigen Jahren die Notwendigkeit von Evaluationen im Bereich der kommunalen Kriminalprävention beschworen wird, finden diese in der Praxis nach wie vor selten statt.**

Es fehlt nicht nur an Erkenntnissen der Wirkungsforschung, auch (Eigen-)Bewertungen hinsichtlich der strukturellen Ausgestaltung von Projekten und deren prozessbezogene Umsetzung werden – etwa im Rahmen eines umfassenderen Projektmanagements – in der Praxis kaum durchgeführt.

Einige dieser Stolpersteine der kommunalen Präventionspraxis sind im Grundsatz nicht neu, sondern wurden im Rahmen des Forschungsvorhabens bestätigt und ausdifferenziert. Es besteht im Hinblick auf diese Herausforderungen der kommunalen Kriminalprävention

deshalb erkennbar weniger ein Erkenntnis- als vielmehr ein Umsetzungsproblem. Zur Lösung der genannten Aufgaben und Schwierigkeiten liegen mittlerweile vielfach Arbeitshilfen und Handreichungen vor, die den Praktikern Hilfestellungen und methodische Anleitung geben sollen.

Der immer noch offenkundige Mangel an Umsetzungen dieser Hinweise kann jedoch als Indiz dafür angesehen werden, dass es nicht nur an instrumentellem Wissen fehlt, sondern vor allem in der Motivation und in praktischen Schwierigkeiten begründet liegt, wenn das vorhandene Wissen selten angewendet wird.

Hieraus erwachsen besondere Herausforderungen für die Grund-, Aus- und Weiterbildung von Präventionspraktikern.

Angebotsstrukturen

Den oben skizzierten Bedarfen steht eine Zahl verschiedener Aus- und Weiterbildungsangebote gegenüber, die jedoch weder flächendeckend in den Bundesländern offeriert werden, noch immer dezidiert an den Bedürfnissen der Präventionspraxis orientiert sind.

Zum einen gibt es nach wie vor **Defizite in der Grundausbildung zur Kriminalprävention in den typischerweise involvierten Berufsgruppen (Polizei, Soziale Arbeit, Kommunalverwaltung u. a. m.)**. Zum anderen **fehlen immer noch Angebote einer ressort- und fächerübergreifenden Aus- und Fortbildung**, die auch geeignet wären, bestehende Barrieren zwischen den einzelnen Professionen in der Kriminalprävention abzubauen.¹

In einer Bestandsaufnahme aus dem Jahre **2006** identifizieren die Autoren **acht Masterstudiengänge in Deutschland**, die eine thematische Affinität zu den Qualifizierungsbedarfen von Akteuren der kommunalen Kriminalprävention aufweisen. Alle Studiengänge werden ausschließlich in Nord- und Westdeutschland sowie Berlin angeboten.² Ergänzung hat dieses akademische Angebotsspektrum zum einen mit dem „*European Executive Master in Urban Security*“ des „*European Forum for Urban Security (EFUS)*“ gefunden, der von fünf Hochschulen über Europa verteilt konsortial angeboten wird. Dezidiert an den Qualifikationsbedarfen von Akteuren der kommunalen Sicherheitspolitik orientiert sind des Weiteren die Studieninhalte des im Wintersemester 2011 an der *Ostfalia-Hochschule*

für angewandte Wissenschaften in Wolfenbüttel eingerichteten Masterstudienganges „*Präventive Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Kriminologie & Kriminalprävention*“. Konzeptionell geht dieser Studiengang auf Vorarbeiten des Beccaria-Projektes zurück.³

Neben diesen primär an der Ausbildung von Wissenschaftlern und Führungskräften orientierten Masterstudiengängen lassen sich verschiedene Fortbildungsangebote identifizieren, die sich auf deliktsspezifische Weiterbildungen spezialisiert haben. Aus der Vielzahl existenter Weiterbildungen stechen Fortbildungen heraus, nach deren erfolgreicher Absolvierung Zertifikate zum Präventionsmanager erlangt werden können. Verschiedene Landespräventionsgremien bieten Akteuren der kommunalen Ebene Fortbildungen zu praktischen Aspekten der Gremienarbeit an. Inhaltlich orientieren sich diese Angebote vielfach an aktuellen Themenstellungen oder ha-

¹ Steffen, Wiebke (2002): Aus- und Fortbildung im Bereich der Kriminalprävention. In: Forum kriminalprävention 2002 (5), S. 16.

² Erich Marks; Anja Meyer und Mark Coester (2006): Beccaria-Center: Aus- und Weiterbildung in der Kriminalprävention. Zwischenbericht: Stand Nov. 2006. Hannover (Unveröffentlicht), S. 16.

³ Meyer, Anja (2012): Neuer Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Kriminologie & Kriminalprävention“. In: forum kriminalprävention 2012 (1), S. 60.

ben grundsätzliche Aspekte der praktischen Arbeit in Präventionsgremien zum Gegenstand. Nicht zu überblicken ist die Vielzahl berufsspezifischer Fortbildungsangebote, die sich etwa an Polizisten, Sozialarbeiter, Lehrer oder Städteplaner und Architekten richten.

Seit Jahren nimmt das *Beccaria Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention des Landespräventionsrates Niedersachsen* eine Sonderstellung ein. Dieses Weiterbildungsangebot ist bundesweit derzeit noch einzigartig. Es ist modular aufgebaut und vermittelt Basis- und Spezialwissen für die Präventionsarbeit.

Schlussfolgerungen für die Praxis

Wie aus der vorangegangenen Gegenüberstellung identifizierter Qualifizierungsbedarfe und der Skizze vorhandener Angebote zur Aus-, Fort- und Weiterbildung deutlich wurde, bestehen nach wie vor Defizite in der Ausbildung von Berufsgruppen, die von hoher Relevanz für die Akteursstrukturen kommunaler Präventionsgremien sind.

Eine **Grundausbildung** der späteren Akteure im Bereich kooperativer Sicherheitspolitik findet im Rahmen der verschiedenen Fachhochschulausbildungsgänge bisher allenfalls punktuell statt. Obgleich Mitarbeiter der Sicherheits- und Ordnungsbehörden in der Praxis vielfach mit sozialen Diensten von Kommunen und freien Trägern, Gesundheitsdiensten und vielfältigen anderen Institutionen zusammenarbeiten, um auf diesem Wege die Komplexität der sich stellenden

Probleme besser bewältigen zu können, werden sie auf die Anforderungen solcher Kooperationen bisher kaum vorbereitet. Entsprechende Ausbildungsdefizite müssen häufig noch in konkreten Projektzusammenhängen kompensiert werden. Dies führt zu mühsamen und zeit- und kostenaufwendigen Lern- und Verständigungsprozessen im Rahmen der Gremien- oder Projektarbeit. Zum einen sind damit Belastungen für die praktische, problemorientierte Arbeit in Netzwerken verbunden, weil Qualifikationsanforderungen bei den Beteiligten erst noch erfüllt werden müssen. Zum anderen besteht die Gefahr, dass Akteure die Möglichkeiten und Chancen kooperativer Handlungsansätze aufgrund fehlender Kenntnisse gar nicht wahrnehmen oder wertschätzen können. Insofern bedarf es in höherem Maße der Vermittlung von Grundkenntnissen zur kooperativen Sicherheitspolitik etwa im Rahmen der Fachhochschulausbildung. Polizisten, Sozialarbeiter und Mitarbeiter von Kommunalverwaltungen müssen Grundkenntnisse der rechtlichen und fachlichen Grundlagen der jeweils anderen Berufsgruppen vermittelt bekommen und deren berufsspezifische Leitbilder, Arbeitsbedingungen und Handlungsmöglichkeiten kennenlernen.

Eine verstetigte Kooperation der entsprechenden Ausbildungsstätten erscheint daher ebenso wünschenswert⁴ wie die Entwicklung gemeinsamer Ausbildungsmodulare.

Jedoch muss attestiert werden, dass der notwendige Prozess, die Ziele, Inhalte und Bedingungen der Zusammenar-

beit zwischen diesen Berufsgruppen zu systematisieren, gerade erst begonnen hat. Um dazu einen Beitrag zu leisten, ist im Rahmen des Forschungsprojektes eine **grundlegende Handreichung für Präventionspraktiker** erarbeitet worden.⁵ Zielgruppe dieser Publikation sind Studierende und Berufspraktiker verschiedener Professionen, denen insbesondere vermittelt werden soll, warum es Sinn macht und Nutzen bringt, sich mit theoretischen Fundamenten der kommunalen Kriminalprävention auseinanderzusetzen. Der Anwendungsnutzen vorhandener Instrumente und bewährter Vorgehensweisen wird hervorgehoben, um zu illustrieren, wie Akteure der kommunalen Kriminalprävention dem Erlahmen und Versanden ihres gemeinsamen Engagements entgegenwirken können.

Des Weiteren wurden Konzepte für die Aus- und Fortbildung der typischerweise in kommunalen Gremien vertretenen Berufsgruppen (Polizei, Soziale Arbeit) entwickelt, die es Bildungsträgern erleichtern sollen, die Akteure auf die dargestellten charakteristischen Herausforderungen kommunaler Präventionsarbeit vorzubereiten.

Der Autor Marcus Kober M. A. ist Geschäftsführer des Europäischen Zentrums für Kriminalprävention e. V. (EZK), Kontakt: marcus.kober@ezkev.de

⁴ Warmdorf, Peter (2010): Kommunale Kriminalprävention. Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit in der Kommune für die Kommune. Münster, S. 55.

⁵ Marcus Kober, Andreas Kohl & Ruben Wickenhäuser (2012): Fundamente kommunaler Präventionsarbeit – Ein anwenderorientiertes Handbuch, Frankfurt.

BUCHTIPP



Marcus Kober, Andreas Kohl & Ruben Wickenhäuser

Fundamente kommunaler Präventionsarbeit –

Ein anwenderorientiertes Handbuch

Frankfurt 2012, Verlag für Polizeiwissenschaft, 16,80 €, ISBN 978-3-86676-266-4

Das Konzept der kommunalen Kriminalprävention hat in den letzten Jahr-

zehnten in Deutschland eine rasante Verbreitung gefunden. Kooperative Formen der Sicherheitspolitik sind in den Städten vielfach zu einem Standard geworden. Die Zusammenarbeit der Sicherheits- und Ordnungsbehörden, sozialer Dienste von Kommunen und freien Trägern, Gesundheitsdiensten und vielfältigen anderen Institutionen gilt als eine Form der Aufgabenwahrnehmung, auf die nicht mehr verzichtet werden kann. Wissenschaftliche Untersuchungen der Arbeitspraxis in den Kommunen zeigen zugleich immer wieder bestimmte Stolpersteine und Hindernisse einer erfolgreichen und für die Beteiligten zufriedenstellenden Gremienarbeit auf.

In diesem Handbuch werden daher zentrale Elemente kommunaler Krimi-

nalprävention vorgestellt, die als Fundamente gelingender kooperativer Sicherheitspolitik angesehen werden können. Es werden Hilfestellungen angeboten, wenn Leser

- ... sich für das Thema Kriminalprävention interessieren und einen thematischen Einstieg suchen.
- ... damit betraut sind, ein Projekt zu initiieren oder ein kriminalpräventives Gremium ins Leben zu rufen.
- ... aus der Präventionspraxis ihre Arbeit systematisieren und fundieren wollen.
- ... sich als Studierende der Polizei, der sozialen Arbeit oder der Kommunalverwaltung im Rahmen ihrer Ausbildung mit den Grundlagen dieses Arbeitsfeldes vertraut machen wollen.

(W. K.)